

Change?

Zur Präsidentschaft von Barack Obama

Hans Arnold

Wie beständig ist der Mythos „Barack Obama“? Klar ist: Der neue Präsident tritt ein schweres Erbe an. Herausforderungen wie die Wirtschaftskrise, schwierige außen- und sicherheitspolitische Gegebenheiten und die Beziehungen zu Russland warten auf ihn. Der Autor, ein exzellenter Kenner der USA und ehemaliger Diplomat, beleuchtet die Situation der Vereinigten Staaten nach der Wahl.

Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA und die sie begleitende „Obamania“ haben mehr internationale Aufmerksamkeit gefunden als alle bisherigen amerikanischen Präsidentschaftswahlen. An sich gibt es daher nichts, was zu ihnen nicht schon ausführlich in den Medien und anderen Orts behandelt worden wäre. Doch mag es für weitere Überlegungen und Vermutungen über die künftige US-Politik nützlich sein, sich doch noch einmal wenigstens vier für sie bedeutsame und längerfristig wirksame Bezugspunkte zu vergegenwärtigen.

Der Wechsel

Nach dem Desaster der acht Bush-Jahre war das eindeutige Wahlergebnis aus einer breiten und tiefen Hoffnung der Wähler auf eine allgemeine und umfassende Besserung der Dinge in den USA zustande gekommen. Die Wähler folgten der fast heilbringenden Botschaft eines totalen Wechsels („*Change!!*“). Dadurch wurde Obama im Wahlkampf zur Projektionsfläche für diese Hoffnungen, die aus unterschiedlichsten Lebenssituationen entstanden waren. Die reale Welt des gegenwärtigen und künftigen politischen Alltags unterscheidet sich drastisch von der globalen Welt, mit deren Schilderung Obama im Wahlkampf diese Hoffnungen bedient hatte. Er wird sie unmöglich alle erfüllen können. Allein schon, weil noch kein US-Präsident vor ihm ein vergleichbar umfangreiches negatives innen- und außenpolitisches Erbe von seinem Amtsvorgänger übernehmen musste und gleichzeitig mit einer hinzu gekommenen Wirtschaftskrise



Dr. Hans Arnold,
geb. 1923,
Botschafter a. D.
hans.arnold@gmx.net

von einer seit 1929 nicht mehr gekannten Dimension fertigzuwerden hatte.

Doch schon seine Siegesrede nach der Wahl und seine ersten Schritte in der Übergangszeit bis zu seiner Vereidigung im Januar 2009 zeigten ihn als auch in dieser Hinsicht geschickten Politiker. Und sie charakterisierten ihn vor allem als realistisch, pragmatisch, überzeugend und zugreifend mit der (klugen) Tendenz seine Präsidentschaft als das zu verstehen, was man in parlamentarischen (europäischen) Demokratien als Allpartei-*regierung* bezeichnen würde. Seinen wirklichen Test wird er allerdings erst 2010 in den nächsten Kongresswahlen zu bestehen haben.

Der Mythos

Traditioneller und prominenter Teil des Wahlkampfes von Obama war der in der US-Politik unverzichtbare *Mythos USA*. Er ersetzt bekanntlich in dem durch Einwanderung in der Neuzeit entstandenen Staat USA das, was man in älteren Staaten als Erbe, Vorgeschichte, Geschichtsbewusstsein oder kulturelle Identität bezeichnet. Und anders als eine solche Summe von Traditionen, Denkweisen und Erfahrungen aus der Vergangenheit ist der amerikanische Mythos auf die Zukunft gerichtet. Er begann mit der religiösen Hoffnung der frühen Einwanderer zur *leuchtenden Stadt auf dem Berge* („*the shining city on the hill*“) zu gelangen. Und mit der Geschichte der USA, die eine einzige Geschichte der territorialen Ausdehnung und des Machtgewinns ist, wuchs er zu der Überzeugung, dass die USA eine *unverzichtbare Nation* („*indispensable nation*“) mit einer *Vorbestimmung* („*manifest destiny*“) seien; eine zu *Gott unmittelbare Nation* („*a nation under God*“). Ein Grundelement dieses Mythos ist der *Amerikanische Traum*, die Vorstellung von der individuellen Möglichkeit jedes Einzelnen, auf der Grundlage des *American Way of Life* nach oben kommen zu können. Ein anderes Element des Mythos ist der kollektivistische Patriotismus, die moralische Pflicht jedes Amerikaners, seiner einzigartigen Nation auf dem ihr vorbestimmten Weg ganz zu dienen.

Bush hatte bekanntlich im Zuge seiner Kriegspolitik im Anschluss an die Attentate vom 11. September 2001, kräftig unterstützt u.a. von Wirtschaftskreisen, Neokonservativen, Evangelikalen, dem Militär und Hollywood, die Bedeutung

des Patriotismus exzessiv instrumentalisiert. Er machte ihn zum Teil der emotionalen inneramerikanischen Grundlage für seine Außenpolitik mit militärischen Mitteln unter Missachtung von UNO und Allianzen. Er nutzte ihn zur Begründung eines Kampfes der USA gegen das *Böse* schlechthin.

Obama hingegen scheint im Wahlkampf, nach allem, was man von Europa aus wahrnehmen konnte, im Bereich des Mythos USA dem *Amerikanischen Traum* eine größere Bedeutung zugemessen zu haben als dem Patriotismus. Sein Schlachtruf „*Yes, we can!*“ war im Grunde der Appell „Ja, wir können“ es gemeinsam schaffen, wieder diese große, einmalige, unverzichtbare, bewunderte, respektierte und glückliche Nation zu werden. Wobei Obama selbst und seine Frau Michelle im Grunde auch als leuchtende Beispiele für die Wirklichkeit des *Amerikanischen Traums* verstanden werden können. Im Übrigen ist auch bekannt, dass Obamas Einstellung zum christlichen Glauben intellektueller und philosophischer fundiert ist als die schlichte Gläubigkeit der Evangelikalen und des ihnen zugehörigen W. Bush.

Die Gesellschaft

Für die Rassenfrage als einem der zentralen Probleme der US-Gesellschaft und -Politik ist die Wahl von Obama eindeutig ein Durchbruch. Und ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass es, anders als bei früheren afroamerikanischen Kandidaten für öffentliche Wahlämter, dieses Mal keine nennenswerte Diskrepanz zwischen den Ergebnissen von Meinungsumfragen vor der Wahl und dem in der Anonymität der Wahlkabine entstandenen Wahlergebnis gab. Und es ist bemerkenswert, dass Obama seinen Wahlsieg zum guten Teil Erstwählern zu verdanken hat. Noch vor einem halben Jahrhundert gehörte in Washington zum politischen Partygeplauder die Frage, wer von den vier damals als unmöglich verstandenen Kandidaten es doch vielleicht einmal als Erster schaffen könnte Präsident der USA zu werden: der Jude, die Frau, der Katholik oder der Schwarze (der allgemein als der absolut Chancenlose galt). Kurz darauf, aber erst 172 Jahre nach Gründung der USA, wurde J. F. Kennedy der erste katholische Präsident. Heute, ein halbes Jahrhundert weiter, ist am Beginn der Präsidentschaft von Obama in den USA die alte Rassendiskriminierung formell rechtlich und politisch beseitigt.

Verbreitet sind aber weiterhin vielfältige und spürbare Formen subtiler, raffinierter und häufig auch tückischer Diskriminierung. Und wie überall, so ist auch in den USA die Rassenfrage eine soziale Frage nach der (vereinfachenden, aber nicht ganz falschen) Formel *Weiß-ist-reich-farbig-ist-Arm*.

Die Rassenfrage umfasst inzwischen weit über ihren Ursprung aus der Zeit der Sklaverei hinaus neben den Afroamerikanern auch die Latinos bzw. Hispanics und, mit gewissem Abstand, auch die Asiaten. Und nach jahrelanger öffentlicher und oft platter Diskussion über Terrorismus und Islamismus bilden schließlich auch die Amerikaner arabischer Herkunft und/oder islamischen Glaubens eine Minderheit besonderer Art. Auf die Frage, welchen Einfluss die Wahl eines afroamerikanischen Präsidenten auf die Rassenfrage haben wird, ist gegenwärtig keine eindeutige Antwort möglich. Die Wahl war zwar auch ein deutliches Votum gegen Rassendiskriminierung, aber es bleibt bis auf Weiteres eine offene Frage, wie sich die von ihr Betroffenen und die übrigen Teile der Gesellschaft verhalten werden; genauer gesagt, ob sich in der öffentlichen Meinung die Beurteilung durchsetzt *Jetzt-muß-endlich-alles-verlässlich-geregelt-Werden* oder die Beurteilung *Jetzt-ist-endlich-alles-in-Ordnung?* Und es kann auch nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die Wahl Obamas in rassistischen Kreisen der USA zu Fanatisierungen mit allen denkbaren schrecklichen Folgen führen könnte ...

Die Welt

Im November 2008 bestätigte der US-amerikanische *National Intelligence Council* mit seinem alle vier Jahre vor Beginn der Amtsperiode des Präsidenten herausgegebenen geostrategischen Lagebericht autoritativ den seit geraumer Zeit aus vielfältigen Quellen gespeisten Eindruck einer Minderung der internationalen Machtposition der USA. Die Kernthese des unter dem Titel „*Global Trends 2005: A transformed World*“ veröffentlichten Berichts ist, dass sich bis zum Jahre 2050 die Bedeutung und die Möglichkeiten der USA in der internationalen Politik spürbar vermindern werden und dass dies in noch stärkerem Maße für Europa gelte.

Diese von Obama vorgefundene Entwicklung wurde für die USA von George W. Bush nicht verursacht, doch wurde sie durch seine Politik eines vorwiegend waffengestützten

Unilateralismus gefördert. Eine fortdauernde Schwächung der USA kann weder im Interesse der USA selbst, noch in Interesse Europas und letztlich auch nicht im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft liegen. Das Problem war und ist in dieser dreifachen Hinsicht nicht die Stärke der USA, sondern die Art und Weise, nach der in der US-Politik von ihr Gebrauch gemacht wird.

Obama hat sich eindeutig für eine Rückkehr der USA zum internationalen Multilateralismus ausgesprochen. Er meint damit natürlich nicht eine Minderung des Führungsanspruchs der USA, sondern eine Rückkehr zu jener Politik der Führung, die die USA mit ihrem Führungsanspruch seit ihrem endgültigen Eintritt in die Weltpolitik im Zweiten Weltkrieg und anschließend mit ihrer Konzipierung und Gründung von UNO und NATO praktiziert haben. Die wichtigsten Elemente dieses Multilateralismus sind nach ihrem Verständnis die Mitwirkung in den multilateralen Organisationen unter voller Wahrung eigener Interessen, die Konsultation der befreundeten und verbündeten Staaten und die Erwartung, dass diese dann die von den USA geführte gemeinsame Politik politisch und materiell mittragen. Die Europäer erfanden für die so agierenden USA die etwas verschwommene Bezeichnung „sanfter Hegemon“. Es bleibt dabei den Europäern überlassen, ob und inwieweit die Konsultationen auf der Grundlage gemeinsamer (ausgeglichener) Interessen stattfinden und ob und inwieweit sie zu gemeinsam erarbeiteten Konzeptionen führen.

Voraussetzung für die von Obama angestrebte künftige Rolle der USA in der Weltpolitik ist die Wiederherstellung der Wirtschaftskraft der USA (wobei allerdings nicht alle hierfür ergriffenen Maßnahmen auch im wirtschaftlichen Interesse anderer Staaten, insbesondere denen der Europäischen Union, liegen werden). Außen- und sicherheitspolitisch finden sich für Obama, neben der Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, zwei Themenkreise im Vordergrund: der Nahe und Mittlere Osten (Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, Israel, Palästina) und Russland (einschließlich der Kaukasus-Zone). Hinzukommen Asien (vor allem China und Japan) und die – angesichts eines afroamerikanischen Präsidenten der USA schwer einschätzbaren – Erwartungen und Ansprüche aus Afrika und Lateinamerika.

Im Wahlkampf war das herausragende internationale Thema der militärische Rückzug der USA aus dem Irak. Inzwischen

mindert sich dessen Brisanz mehr und mehr. Obama signalisierte mit der Berufung des bisherigen (republikanischen) Verteidigungsministers Gates in sein Kabinett, dass er diesen Punkt als Teil der Abwicklung von Politik seines Vorgängers versteht. Die transatlantischen Beziehungen werden sich unschwer in den traditionellen und zusätzlich in den neuen Staatengruppierungen fortentwickeln lassen, die sich mit Fragen der Weltwirtschaftskrise befassen. Zu den Problemen im Nahen und Mittleren Osten hatten die USA bisher nicht ausschließlich hilfreiche Vorstellungen und die Europäische Union hat offenkundig keine tragfähige einheitliche Haltung, und dies in augenscheinlich unüberwindbarer Weise in allen Fällen, in denen militärische Gewaltanwendung zur Debatte steht. Eine von den USA einzuberufende oder zumindest zu initiiierende, breitangelegte internationale Konferenz ohne zu hohe Ansprüche an Ergebnisse könnte hier eine Initialzündung für einen neuen Politikansatz sein.

Anders liegen die Dinge bei den Beziehungen zu Russland. Hier könnte für die Abwicklung der Politik von George W. Bush eine europäische Initiative als Initialzündung für einen neuen Politikansatz ergriffen werden: mit einer Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europe (OSZE), wie sie der französische Staatspräsident Sarkozy bereits ins Spiel gebracht hat. Dies in Anknüpfung an deren Charta von Paris, die 1990 große Hoffnungen auf eine „Sicherheitszone von Vancouver bis Wladiwostok“ geweckt hatte. Warum, so fragt man sich, könnte das nicht eine gemeinsame deutsch-französische Initiative sein?



Weiterlesen:

Transatlantische Perspektiven,
WeltTrends 40

Welt Trends Thesis

Diplom, Magister oder **Master** erfolgreich abgeschlossen?

Ein interessantes **Thema** bearbeitet?

Neues herausgefunden?

Dann veröffentlichen wir Ihre Arbeit!

Schnell und preiswert – und doch eine anspruchsvolle Publikation: Die WT-Thesis

Bisher erschienen:

1 | Nina Kolleck: Von Alaska bis Feuerland? Hegemonie und die FTAA

2 | Die ‚dritte Generation‘, Essays zu den deutsch-polnischen Beziehungen

Wenn Sie an der Publikation einer eigenen WT-Thesis interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Prof. Jochen Franzke (0331-9774540 oder franzke@uni-potsdam.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de

www.welttrends.de